

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

## **Stellungnahme zu den Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes Aufarbeitung der SED-Diktatur**

### **I**

Das Papier der Expertenkommission bildet eine gute Grundlage für die Diskussion, die zu einer Weiterentwicklung der Institutionen und Strukturen, die sich mit der SED-Diktatur, ihren Kontexten und ihren Folgen beschäftigen, führen soll. Einseitigkeiten und Widersprüchlichkeiten der vorherrschenden Auseinandersetzung mit SED-Diktatur und DDR, die im Papier überwiegend angesprochen werden, sollten im weiteren Prozess korrigiert werden. Die Diskussion über den gegenwärtigen Stand des Prozesses erscheint sinnvoll, sollte jedoch mit dem Bemühen um Sachlichkeit und ohne sterile Aufgeregtheit geführt werden. Die Verfasser des Papiers sprechen sich selbst für eine offene Diskussion aus, die dem hochkomplexen Thema angemessen ist.

### **II**

Das Papier plädiert für eine differenzierte Auseinandersetzung mit DDR und SED-Diktatur. Von einer Verharmlosung des SED-Systems kann dabei jedoch keine Rede sein. Im Gegenteil: die Tendenzen zur Ostalgie und Trivialisierung der DDR-Realität in den Medien werden ebenso kritisiert wie die jüngst verstärkt – getragen etwa von früheren Stasimitarbeitern, aber nicht nur von diesen – hervortretende apologetische Tendenzen. Nachdrücklich wird hervorgehoben, dass am Diktatur-Begriff unbedingt festzuhalten ist. Wenn gleichzeitig Multiperspektivität und eine Pluralität von Ansätzen und Sichtweisen gefordert wird, so ist dem zuzustimmen. Wir sollten es uns in unserer Gesellschaft nicht zu leicht mit der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und der von ihr durchherrschten Gesellschaft machen: Wir brauchen klare Maßstäbe wie eine differenzierte, multiperspektivische Auseinandersetzung, die zwangsläufig auch zu konkurrierenden Interpretationen führt.

### III

In unserer Diskussion über die Beschäftigung mit DDR und SED-Diktatur werden allzu häufig die verschiedenen Ebenen unzulässig vermengt. Zu unterscheiden sind folgende Dimensionen:

1. Institutionen: Forschungseinrichtungen, akademische und andere, Archive und Dokumentationsstellen, Gedenkstätten und Gedenkort, Museen sowie Institutionen zur Förderung der Aufarbeitung. Auch das Papier macht nicht immer klar, für welche Ebenen die Aussagen und Forderungen gelten. So ist etwa zu fragen, ob eine Vernachlässigung des Alltags in der DDR tatsächlich für die wissenschaftliche Forschungsarbeit in gleicher Weise gilt wie für den musealen Bereich.
2. Formen der Auseinandersetzung: Forschung, Aufarbeitung, Sammlung von schriftlichen Quellen und Sachzeugnissen, akademische Lehre, Erarbeitung von Ausstellungen, Ermöglichung von Gedenken, politische Bildung, öffentliche Kommunikation und symbolische Repräsentation. Es müsste präziser bestimmt werden, wo auch hier die Defizite liegen.
3. Dimensionen und Themen der Geschichte der SED-Diktatur: das Herrschaftssystem und seine Veränderung, Repression und Stasi-Problematik, Widerstand, Opposition und nicht angepasstes Verhalten, Ökonomie und Gesellschaft, Alltag und Alltagskultur, das Grenzregime usw. bis hin zu dem deutsch-deutschen Verhältnis, internationalen Zusammenhängen (insbesondere die Abhängigkeit von der Sowjetunion) sowie der DDR in der Kontinuität der deutschen Geschichte (die Frage von Kontinuität und Diskontinuität ist für die Bundesrepublik ungleich stärker thematisiert worden). Letztgenannter Aspekt fehlt im Papier z. B. gänzlich, wie überhaupt die Frage der Einordnung der SED-Diktatur, auch die des Verhältnisses zur NS-Diktatur merkwürdigerweise ganz ausgeblendet werden.

Weitere Dimensionen und Differenzierungen lassen sich unschwer vornehmen. Es scheint ebenso der SED-Diktatur und ihrem Erbe (das in der mangelnden Bereitschaft zur Differenzierung liegt) wie einer unzureichend entwickelten Diskurskultur heute zu entsprechen, dass vielfach unklar bleibt, worüber man eigentlich spricht.

#### IV

Die Expertenkommission erhielt den – offenbar sehr hastig formulierten – Auftrag (ich verzichte hier auf die Ausleuchtung der Umstände), Empfehlungen für die Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ zu machen. Der Begriff „Geschichtsverbund“ ist vage, legt aber eine weitgehende Zusammenfassung und Kohärenz der Institutionen nahe (man denke an das BVG Urteil, die EU sei weder ein Staatenbund noch ein Bundesstaat, sondern eben ein dazwischenliegender Staatenverbund). Es spricht für die Kommission, dass sie den unglücklichen Begriff nur bedingt ernst genommen hat, vielmehr sich im Papier sogleich beeilt hervorzuheben, Dezentralität und Autonomie der Einrichtungen hätten sich bewährt. Etwas unklar bleibt freilich im Papier, inwieweit eine „einheitliche Planungsstrategie“ bei der Themenwahl – von der die Rede ist – für die Aufarbeitung möglich und nötig erscheint. Sinnvoll ist jedenfalls, Kommunikationszusammenhänge zwischen den Akteuren im Prozess der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur zu fördern (was zum gesetzlichen Auftrag der Stiftung Aufarbeitung gehört) und nach Kooperationen oder gar Zusammenschlüssen ebenso zu fragen wie nach Umgründungen, um auf diese Weise Defizite zu überwinden. Dies wird im Papier der Kommission versucht. Dass man dabei nicht stärker von den gesetzlichen Aufträgen von Institutionen ausgegangen ist, ist nicht ganz verständlich.

#### V

Die Empfehlungen sehen drei historische Komplexe vor, die zu organisierenden Strukturprinzipien erhoben werden: Herrschaft–Gesellschaft–Widerstand, Überwachung und Verfolgung sowie Grenze und deutsche Teilung. Auf der Ebene vorhandener Einrichtungen kann man zu einer derartigen Gruppenbildung kommen. Hinsichtlich der historischen Zusammenhänge wird man Fragen stellen müssen: Ist Verfolgung wirklich abzukoppeln von Herrschaft, Gesellschaft und Widerstand? Und was den dritten Komplex angeht: Ist das Grenzregime nicht doch als wesentliche Komponente des Herrschaftssystems zu betrachten, abgesehen davon, dass die Teilungsproblematik bei zahlreichen Fragen von Herrschaft und Gesellschaft mitspielt. Zu wenig in den Blick kommt übrigens auch der deutsch-deutsche Zusammenhang (Beziehungsgeschichte und vergleichende Perspektive).

Unbedingt zu bejahen ist eine im Papier geforderte Betrachtung, die zwar die Bedeutung der Staatssicherheit für Staat und Gesellschaft hoch einschätzt, doch sie nicht als Ausgangspunkt und Fluchtpunkt der Beschäftigung mit DDR und SED-Diktatur ansieht. Benötigt werden – wie schon von den Enquete-Kommissionen des Bundestages betont – breitere Zugänge, die die Rolle der Partei, ihrer Ideologie und Herrschaftspraxis ebenso umfassen wie die durchherrschte Gesellschaft. Dass eine Fixierung auf die Stasi-Problematik in manchen Hinsichten zu eng ist, lässt das Bestreben der Forschungs- und Bildungsabteilung der Stasiunterlagenbehörde erkennen, sich über den gesetzlichen Auftrag hinaus mit Themen zu beschäftigen, die wenig mit der Staatssicherheit zu tun haben oder von hierher zu erklären sind.

Der Gesetzgeber hat der Stiftung „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ den generellen Auftrag gegeben, die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, der Gesamtzusammenhänge wie der Einzelaspekte, der Ursprünge, Veränderungen und Folgen, in der gegenwärtigen Gesellschaft zu fördern, was das Archivwesen ebenso einschließen soll wie die Betreuung der Verfolgtenverbände. Wir haben damals in der zweiten Bundestagsenquete-Kommission, in der die Stiftung entworfen wurde, gewiss keine Oberbehörde der Aufarbeitung schaffen wollen, wohl aber eine Einrichtung, die den Prozess der Auseinandersetzung mit dem Thema auf allen Ebenen vorantreibt und vor allem kontinuierlich eine Kommunikation zwischen allen Beteiligten und Ebenen ermöglicht. Dieser Auftrag ist auch heute noch aktuell. Hier liegt wenn nicht eine Generalkompetenz, so doch (etwas paradox formuliert) eine Anregungs- und Netzwerkbildungskompetenz im Aufarbeitungsprozess. Dazu gehört, dass die Stiftung breitere Zugänge zur SED-Problematik zu fördern hat. Die Empfehlungen wollen auf diesem Hintergrund die Rolle der Stiftung nicht nur erhalten, sondern teilweise noch ausbauen und konkretisieren.

## VI

Die Kommission empfiehlt, ein von der Stiftung Aufarbeitung getragenes „Forum Aufarbeitung“ in Kooperation mit dem HdG/ZFL im Zentrum Berlins aufzubauen, das die große Lücke schließen sollte, die durch die Fixierung der DDR-Geschichten auf die Stasi-Problematik gegeben ist. Insbe-

sondere im musealen Bereich ist – trotz der überregionalen Bedeutung des zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig – zu erwägen, im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Themen wie „Anspruch und Realität der SED-Herrschaft“, „Widerstand und Opposition“, „Machtmechanismen“, „Opfer der SED-Diktatur“, „Erziehungssystem unter der SED-Diktatur“, „Alltag in der durchherrschten Gesellschaft“, doch auch zu ereignisgeschichtlichen Themen wie dem „17. Juni 1953“ und der „Umwälzung 1989/90“ in Berlin dauerhaft einen Ort für Ausstellungen, der sogar eine kleinere Dauerausstellung einschließen könnte, zu finden. Hier könnten – wie in modernen Einrichtungen dieser Art üblich – auch zusätzliche Informationsmöglichkeiten bereitgehalten und Veranstaltungen durchgeführt werden, so dass die Einrichtung auch als „Lernort“ fungieren könnte. Für eine derartige Aufgabe ist schon bei früherer Gelegenheit das historisch belastete Gebäude am Anfang der Torstraße, zuletzt Sitz des zentralen Parteiarchivs der SED, vorgeschlagen worden. Dass bei der Realisierung eines derartigen Vorhabens, an das die Kommission vielleicht allzu weitreichende Erwartungen zur Durcharbeitung der Interaktion von Herrschaft und Gesellschaft knüpft, die Kostenfrage eine Rolle spielt, liegt auf der Hand, spricht aber nicht von vornherein gegen den Vorschlag; selbstverständlich können sie von dem vorgesehenen Träger nicht aufgebracht werden. Ob die Zusammenführung mit anderen Einrichtungen sinnvoll ist, die teils viel weitere, teils engere Aufgaben haben, bedarf der Diskussion.

Die Zentrale der Staatssicherheit in der Normannenstraße und das Stasi-gefängnis Hohenschönhausen in einen engen Zusammenhang zu bringen, die Konzepte abzustimmen und für beide eine gemeinsame Trägerschaft zu bilden, ist ebenfalls ein schon früher gemachter, hier mit verschiedenen Varianten wieder aufgegriffener Vorschlag. Wünschenswert ist eine lockere Vernetzung dieser Einrichtung mit den verschiedenen regionalen Gedenkstätten mit MfS-Bezug.

Für die Mauergedenkstätten liegt inzwischen ein sinnvolles Konzept des Senates vor, das jetzt schrittweise umgesetzt werden sollte; dies wird hier zurecht erwähnt. Sorge zu tragen ist für die Realisierung des Gesamtkonzeptes, das verschiedene Orte und Ausstellungen zusammenführt und weiterentwickelt, nicht zuletzt die Gedenkstätte Bernauer Straße. An dieser Berliner Einrichtung – generell fällt eine allzu große Berlin-Zentrierung auf – auch die Museen und Gedenkstätten an der deutsch-deutschen

Grenze anzuhängen, ist nicht plausibel, wohl aber diese untereinander zu verknüpfen und bei der Förderung Schwerpunkte zu setzen.

Ein Defizit der Empfehlungen liegt darin, dass sie Ausstellungen, Gedenkstätten und Museen, die der SED-Diktatur und ihren Opfern gewidmet sind, nicht in die Gedenkstätten- und Museumslandschaft Berlins und der Bundesrepublik Deutschland einordnen. Das Gedenkstättenkonzept des Bundes stellt ein flexibles Förderungsinstrumentarium dar, das nicht aufgegeben werden sollte. Jedenfalls sehen die Aussagen des Papiers zu einer alleinigen Bundeszuständigkeit für Gedenkstätten mit gesamtstaatlicher Bedeutung wohl allzu sehr von den politischen Realitäten ab.

## VII

Die Empfehlung, die Stiftung Aufarbeitung solle in stärkerem Maße wissenschaftliche Projekte fördern, entspricht auch meiner Überzeugung. Bisher beschränkt sich die Förderung im Wesentlichen auf Promotionsstipendien, die freilich bundesweite Anerkennung finden. Da Abstriche an der bisherigen Arbeit der Stiftung auf erhebliche Widerstände stoßen würden, wäre für die Ausweitung der Wissenschaftsförderung eine entsprechende Aufstockung von Mitteln für die Stiftung nötig.

Schwer verständlich ist, warum die Expertenkommission die zeithistorische Forschung und ihre institutionellen Grundlagen so wenig behandelt hat. Aus der Abteilung Bildung und Wissenschaft der Stasiunterlagenbehörde möchte sie allerdings längerfristig eine europäische Forschungseinrichtung machen, die sich mit den Geheimdiensten in den kommunistischen Systemen beschäftigt. Mir erschiene diese Aufgabenstellung zu eng. Doch eine Institution zu schaffen, die der europäischen Zeitgeschichte gewidmet ist und in der auch komparativ die Geheimdienste sowie deren Verflechtung erforscht werden könnten, ist sicherlich sinnvoll. Allerdings müsste dabei das Verhältnis zum Potsdamer Zentrum für zeithistorische Studien und zu anderen Einrichtungen geklärt werden; vielleicht lässt sich dabei auch an Zusammenschlüsse denken.

Als erster Schritt sollte endlich bei der Abteilung Bildung und Wissenschaft der Stasiunterlagenbehörde ein entsprechender wissenschaftlicher Beirat geschaffen werden. Ein derartiger Beirat, der, nicht nur von mir, bereits in

den frühen 90er Jahren angeregt wurde, hätte der Verinselung der Forschungsabteilung sowie ihrer Charakterisierung als Behördenforschung entgegenwirken können.

## VIII

Die Empfehlungen zum Archivwesen, etwa zu den Archiven der Bürgerbewegung, wirken durchweg durchdacht. Dies gilt auch für die Empfehlung, die Stasiunterlagenbehörde solle sich stärker auf ihr Kerngeschäft beziehen, in dem es noch Etlliches zu tun gilt, wozu die Erschließung und Auswertung der Stasi-Unterlagen und die Ermöglichung persönlicher Akteneinsicht, wohl auch die Rekonstruktion von Akten, nicht zuletzt die Herausgabe von Editionen und Nachschlagewerken gehört. Die langfristige Sicherung der Stasiunterlagen als geschlossener Bestand unter dem Dach des Bundesarchivs erscheint sinnvoll, wobei für die Zugänglichkeit spezifische Regeln – die von denen anderer Archive abweichen – nötig werden dürften.

Was die politische Bildung betrifft, so wird vor allem eine bessere Abstimmung angeregt, die sicherlich im Einzelnen konkretisiert werden müsste, wobei die jeweiligen gesetzlichen Aufträge der Institutionen wichtige Hinweise geben.

\*

Aufs Ganze gesehen interessante Empfehlungen, die ebenso diskussionswürdig wie diskussionsbedürftig sind und hilfreich erscheinen, um den weiteren Prozess der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur in ein neues Stadium zu überführen.